Behörde sagt Ja zu Kohle aus Kumbrien

Erstes Kohlebergwerk Großbritanniens seit 30 Jahren. Umweltschützer wollen klagen

Aus London **Daniel Zylbersztajn**

Das Planungskomitee der Grafschaft Kumbrien im Nordwesten Großbritanniens hat am Dienstag die Baugenehmigung für das erste neue Kohlebergwerk Großbritanniens seit 30 Jahren erteilt. Das 200 Millionen Euro teure Projekt des Privatunternehmens Westcumbria Mining soll 50 Jahre lang jährlich bis zu 3,1 Millionen Tonnen Kohle abbauen.

Hierbei soll es sich um hochgradige Volatile-Kohle zur Koks-Stahlherstellung handeln. Der Abbau ist großteils unter dem Meeresboden geplant. Er soll langfristig 500 Arbeitsplätze in der äußerst armen Region schaffen. Dies war für die Lokalbehörde einer der Hauptgründe, dem Vorhaben zuzustimmen.

Anders als „thermische Kohle" wird Kokskohle nicht in Kraftwerken für die Produktion von Wärme und Strom verbrannt, sondern in der Stahlproduktion benötigt. Während der weltweite Bedarf an thermischer Kohle bei jährlich etwa 7,5 Milliarden Tonnen liegt, wird nur gut 1 Milliarde Tonnen Koks-Kohle gefördert – vor allem in China (etwa 650 Millionen Tonnen) und Australien (etwa 200 Millionen).

Großbritannien wiederum hat den Gebrauch von thermischer Kohle praktisch eingestellt: Nur noch 5 Prozent seines Stroms bezog das Königreich nach einer Analyse des Thinktanks „Carbon Brief" 2018 aus der Kohle, ein Rückgang von 87 Prozent.

Die Gegner des Projekts kündigten an, eine rechtliche Prüfung zu beantragen. Der Emissionsexperte des Weltklimarats IPCC, Laurie Michaelis, glaubt, dass der spätere CO_2-Ausstoß durch die Verarbeitung der Kohle andernorts Tausende von Menschenleben gefährden kann.

Neben Bedenken des Natur- und Artenschutzes gibt es auch hohe Bedenken zum geplanten Standort. Dieser liegt nur acht Kilometer von der ehemaligen nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield entfernt. Dort sind immer noch radioaktive Materialien gelagert. Im umliegenden Schlamm befinden sich außerdem bis zu 70 Jahre alte Ablagerungen aus der Nuklearindustrie. Seismische Bodenbewegungen oder Erdbeben könnten fatale Konsequenzen haben, behaupten die Gegner des Projekts.

Sollte es trotz der rechtlichen Überprüfung zum Bau der Anlage kommen, müssten über 100 Auflagen des britischen Umweltamts (EA) erfüllt werden. Sie verlangten beispielsweise Maßnahmen für die Marinesicherheit. „Sie werden sich vielen Prüfungen und Tests unterziehen lassen", sagte Michaelis.

Zahl des Tages

50 Tonnen

Nichts für die Bong, aber schön auf Rezept einschmeißen wird bald schon gehen: Die deutsche Firma Farmako hat nach eigenen Angaben den weltweit größten Importvertrag für pharmazeutisches Cannabis abgeschlossen. In den kommenden vier Jahren will sie **50 Tonnen pharmazeutisches Cannabis** des Unternehmens Pharmacann Polska völlig legal aus Polen holen und dann zügig weiterverticken, auch nach Großbritannien und Dänemark. „Damit emanzipiert sich Europa von Importen aus Nordamerika", teilt Farmako ziemlich nüchtern mit. Im Juni soll die erste Ware in deutschen Apotheken ankommen. Hauptwettbewerber sind kanadische Anbieter.

Google schwer bestraft

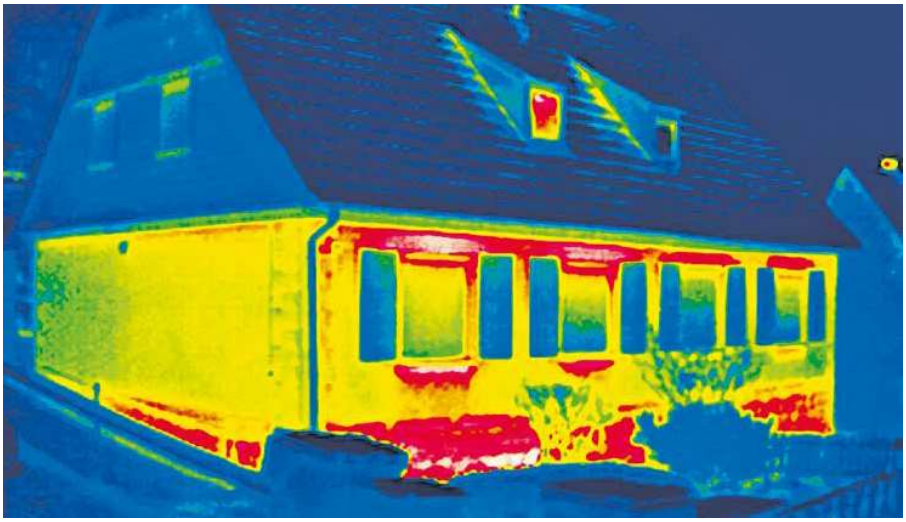
Wegen Behinderung möglicher Konkurrenz im Dienst „AdSense for Search": EU-Kommission verhängt dritte Milliardenstrafe – 1,49 Milliarden Euro

Die EU-Wettbewerbshüter haben zum dritten Mal eine Milliardenstrafe gegen Google verhängt. Das Unternehmen soll rund 1,49 Milliarden Euro zahlen. Bei Suchmaschinen-Werbung im Dienst „AdSense for Search" seien andere Anbieter unzulässigerweise behindert worden, teilte die EU-Kommission am Mittwoch in Brüssel mit. Bei „AdSense for Search" können andere Internetseiten Google-Suchmasken einbinden und erbringen dafür Gegenleistungen. Sämtliche Strafen aus Brüssel gegen den US-Konzern summieren sich damit auf die Rekordsumme von rund 8,25 Milliarden Euro.

Mit Blick auf „AdSense for Search" erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, Google habe mehr als zehn Jahre lang seine marktbeherrschende Stellung missbraucht und anderen Unternehmen die Chancen auf fairen Wettbewerb und Innovationen verbaut. Internetportalen, die „AdSense" einbanden, seien vertragliche Beschränkungen auferlegt worden, andere Anbieter zu nutzen. Außerdem wurden Google-Anzeigen in den Suchergebnissen prominent dargestellt. Erst 2016 – nach ersten Einwänden der Kommission – hob Google die Einschränkungen auf.

Internetseiten und Werbekunden hätten weniger Auswahl gehabt und sich höheren Preisen ausgesetzt gesehen, die letztlich auch an die Verbraucher weitergereicht werden konnten, sagte Vestager weiter. „Jeder, der durch Googles Verhalten geschädigt wurde, kann vor nationalen Gerichten auf Entschädigung klagen." Tiefgreifende Änderungen am Geschäftsmodell setzte Brüssel vor allem bei Android durch: Google verlangt inzwischen von Geräteherstellern Geld, wenn sie in Europa Smartphones mit bislang kostenlosen Apps des Konzerns wie Karten oder Gmail verkaufen. Am Mittwoch kündigte Google an, Android-Nutzer künftig über Internet-Suchmaschinen und Webbrowser anderer Anbieter zu informieren.

„Wir sind auf die Einwände der Kommission eingegangen und haben bereits eine Vielzahl an Produktänderungen vorgenommen", erklärte Google-Manager Kent Walker. „In den kommenden Monaten werden wir weitere Updates machen, um Wettbewerbern in Europa mehr Sichtbarkeit einzuräumen." *(dpa)*



Thermografie eines Hauses zur Erkennung von Energiesparmöglichkeiten
Foto: Christoph Busse/transit

Klimalücke kostet erstmals Steuergeld

Weil Deutschland seine Reduktionspflichten für Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft nicht einhält, plant Bundesfinanzminister Scholz 300 Millionen Euro Strafzahlungen ein

Von **Hannes Koch**

Mangelnder Schutz des Klimas kann teuer werden. Das ist nun erstmals auch an den Bundeshaushalten der kommenden Jahre abzulesen. Für 2020 bis 2022 sind jeweils Kosten von 100 Millionen Euro eingeplant, insgesamt 300 Millionen. Das ist eine Art Strafzahlung, weil Deutschland den Ausstoß klimaschädlicher Gase nicht schnell genug verringert. Am Mittwoch beschloss die Bundesregierung die Eckpunkte für die Haushalte 2020 bis 2023, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorlegt hatte.

Es geht um die Emissionen aus Verkehr, Landwirtschaft, Gebäuden und Gewerbe, die nicht wie die Abgase aus Industrie und Kraftwerken über den europäischen Emissionshandel (ETS) reguliert werden. Im sogenannten Non-ETS-Bereich soll Deutschland seinen Treibhausgasausstoß bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 14 Prozent verringern. Das jedoch wird wohl nicht gelingen. Besonders der Straßenverkehr verursacht zu viele Abgase. Die Bundesregierung muss die Reduktionslücke ausgleichen, indem sie beispielsweise Emissionszertifikate von EU-Staaten erwirbt, die ihre Verpflichtungen erfüllt haben. „Deutschland wird aller Voraussicht nach Emissionsrechte für die Jahre 2018 bis 2020 ankaufen müssen", erklärte das Bundesumweltministerium.

Dabei stellen 300 Millionen Euro, auf drei Jahre verteilt, eine relativ kleine Belastung dar. Zum Vergleich: Allein der Bundeshaushalt 2020 soll 363 Milliarden Euro umfassen. Allerdings erscheint unklar, ob die 300 Millionen Euro ausreichen. Der Grund: Es wird rückwirkend abgerechnet, beispielsweise im Jahr 2020 für 2018. Augenblicklich ist allerdings noch nicht genau bekannt, wie viele Abgase die Heizungen der Gebäude 2018 ausgestoßen haben. Und den Preis der Zertifikate 2020 kennt man heute ebenfalls nicht.

Die Organisation Agora Energiewende hält deutlich höhere Kosten für möglich. Bis 2022 beziffert sie diese auf bis zu 2 Milliarden Euro. Bis 2030 könnten Aufwendungen von bis zu 62 Milliarden Euro entstehen – wenn der Klimaschutz in Deutschland nicht deutlich schneller vorankommt als bisher.

Die Strafzahlungen für 2020 bis 2022 will die Regierung aus dem Gesamthaushalt begleichen. Später sollen die Kosten den Etats der jeweiligen Ministerien zugerechnet werden. Beispielsweise das Bundesverkehrsministerium müsste dann die Zielverfehlung des Verkehrssektors finanzieren.

Insgesamt steigt nun der Druck auf die Bundesregierung, sich noch in diesem Jahr auf ein verbindliches Klimaschutzgesetz zu einigen, das Strafzahlungen künftig überflüssig macht. Am Mittwoch setzte die Regierung einen speziellen Kabinettsausschuss für Klimapolitik ein, an dem unter anderem Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), Wirtschaftsminister Peter Altmaier, Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (beide CDU), Bauminister Horst Seehofer und Verkehrsminister Andreas Scheuer (beide CSU) teilnehmen werden.

Die Haushaltsplanung für 2020 und Folgejahre steht im Zeichen der nachlassenden Wirtschaftsentwicklung und Steuereinnahmen. Die Verteilungskonflikte nehmen zu. So gab Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) eine Protokollnotiz zum Kabinettsbeschluss ab. Er bemängelte, dass sein Etat für kommendes Jahr auf dem diesjährigen Niveau von gut 10 Milliarden Euro eingefroren werde. Damit sinkt die Anteil der Entwicklungsausgaben im Vergleich zur Wirtschaftsleistung, obwohl er internationalen Zusagen zufolge steigen müsste.

Gleichzeitig beschweren sich mehrere Landesregierungen, dass Finanzminister Scholz ihnen weniger Mittel für die Integration von Flüchtlingen überweisen will. Und eine große Frage ist unbeantwortet: Woher sollen die ungefähr 5 Milliarden Euro pro Jahr kommen, die Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für die Finanzierung der geplanten Grundrente braucht?

40 Jahre taz

Anlässlich des 40. Geburtstags der taztäglichen Zeitung seit April 1979 erscheint am **18. 4. 2019** eine besondere Ausgabe/print + digital.

Verantwortliche Redakteur›innen sind U24-jährige, eine Altersgruppe, die der politischen Avantgarde vor vierzig Jahren entspricht. Gemeinsamkeit bleibt der unabhängige Journalismus der taz damals und heute. Möchten Sie mit Ihrer Gratulationsanzeige oder Werbebotschaft dabei sein?

Wir bieten Ihnen ein passendes Angebot in dieser Geburtstagsausgabe Print und/oder Online zu besonders attraktiven Preisen. Wir freuen uns auf die (weitere) Zusammenarbeit.

Anzeigenschluss: Montag, 15. 4. 2019

Sprechen Sie uns an oder schicken eine Mail.
Margit Jöhnk, 030-25902-118
Jan Kniggendorf, 030-25902-130 oder
anzeigen@taz.de